

Kinder brauchen kein sicherndes, sondern ein verstehendes Umfeld!

# Kinder brauchen kein sicherndes, sondern ein verstehendes Umfeld!

Offener Brief zu Plänen und ersten Konzeptionierungen einer Einrichtung  
in Kooperation von Psychiatrie und Jugendhilfe in Hamburg-Groß Borstel

*vom Alternativen Wohlfahrtsverband SOAL*

Sehr geehrte jugendpolitische Sprecher\*innen der  
Bürgerschaftsfraktionen und Kolleg\*innen aus  
der Fachöffentlichkeit,

angesichts der Planungen einer wo-  
möglich geschlossenen Unterbrin-  
gung für Kinder mit psychischen  
Probleme wenden wir uns frühzei-  
tig an Sie, in der Hoffnung, dass  
unsere Blickwinkel und Argumen-  
te in die aktuellen Diskussionen  
einfließen bzw. eine breite öffent-  
liche Diskussion anstoßen. Uns geht  
es im Besonderen um die Weiterent-  
wicklung der Kinder- und Jugendhilfe  
in Hamburg und deren Richtungsent-  
scheidung; hin zu einem Kinderschutz, der  
die Rechte der Kinder, Jugendlichen und ihre  
Familien achtet und die Kinder und Jugendlichen in  
der Wahrnehmung dieser Rechte (be-)stärkt (1. Kernforde-  
rung aus dem Bericht der Enquete-Kommission „Kinder-  
schutz und Kinderrechte weiter stärken [...]“ 2019).

## Plant Hamburg eine geschlossene Unterbringung für Kinder?

Auf Nachfrage von SOAL wurde von Hrn. Dr. Schulhoff  
(Leiter der Abteilung Gestaltung der Jugendhilfe der Sozial-  
behörde) bestätigt, dass der Senat eine Unterbringung für 16  
Kinder, die sich zwischen Psychiatrie und Jugendhilfe bewe-  
gen, in Groß Borstel am Klotzenmoorstieg plant.

Sie ist vorgesehen für Kinder zwischen 9 und 13 Jahren mit  
psychischen Problemen und/oder Auffälligkeiten, von denen  
sich Schule und Jugendhilfe überfordert sähen. Nicht wenige  
dieser Kinder, so die Welt am Sonntag „dürften nach einem  
Unterbringungsbeschluss eines Familiengerichtes in der Ein-  
richtung landen, weil sie sich oder andere gefährden“. Diese  
Beschlüsse werden nur für freiheitsentziehende Maßnahmen  
benötigt, was auf die Planung einer geschlossenen Unterbrin-  
gung verweist. Gleichzeitig stellt Sozialsenatorin Dr. Melanie  
Leonhard (SPD) im Familienausschluss klar, dass es nicht um  
eine geschlossene Unterbringung geht. Nichtsdestotrotz gibt  
es Hinweise, dass dort Sicherheitsdienste präsent sein sollen

und dass es mehrere Abteilungen in der Einrichtung  
geben soll, die hierarchisch je nach Anpassung  
an gewünschtes Verhalten durchlaufen wer-  
den können. Aber egal an welcher Stelle  
wir nachfragen (Parteien oder Sozial-  
behörde), kommt der Verweis auf  
erste Planungen und Überlegungen,  
es sei noch wenig/nichts festgelegt.  
Hier möchten wir als alternativer  
Wohlfahrtsverband SOAL, der Ju-  
gendhilfereinrichtungen vertritt,  
gerne mitreden!



## Unsere Kritik an der geschlossenen Unterbringung

SOAL hält die Planung einer Unterbringung für  
nicht zielführend für Kinder, Jugendliche und Fami-  
lien auf dem Weg in ein selbstverantwortliches Leben! Für  
pädagogisch nicht sinnvoll, weil es in der Jugendhilfe um eine  
Begleitung zu einer selbstständigen, selbstbestimmten Le-  
bensführung gehen muss, und nicht um eine Anpassung und  
damit dauerhafte Abhängigkeit von Regeln und Vorgaben.  
Für fiskalisch nicht sinnvoll, weil die hohen Kosten einer ge-  
schlossenen Unterbringung weitaus besser in den Personal-  
ressourcen stationärer Kinder- und Jugendhilfe und/oder so-  
genannten „Doppelhilfen“ investiert wären, um erschöpfte  
und verzweifelte Familien und/oder ihre Kinder wirkmächtiger  
zu unterstützen.

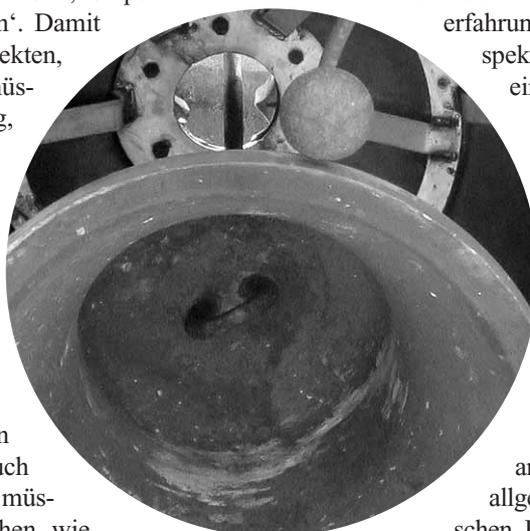
## Wo bleiben die Kinderrechte und die Partizipation der Kinder?

Die aktuellen Gründe für die Planungen einer Kooperations-  
einrichtung zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie nehmen ih-  
ren Ausgangspunkt in der Beschreibung von Kindern- und  
Jugendlichen „mit so starken psychischen Problemen, dass

Kleine dezentrale Orte müssen geschaffen  
werden, die die Kinder und Betreuer\*innen  
zeitweise entlasten helfen.

sie Schulen, Jugendämter und Jugendhilfe überfordern“ erklärt Welt Redakteur Woldin. Staatsrätin Lotzkat betont mit der Einrichtung früher erkennen zu wollen, was den Kindern fehlt, und ihnen mit der Einrichtung helfen will, in ihren Leben besser zurechtzukommen.

In diesen Argumentationen werden Adressat\*innen als ‚stark defizitär‘ beschrieben und damit zu Objekten konzipiert, denen es zu helfen bzw. deren Defizite es zu korrigieren gilt. Ihr eigener Wille, ihre Würde und ihr Subjektstatus finden in diesen Beschreibungen zunächst keinen Platz, was bei der allseitig beschworenen Partizipation und Sozialraumorientierung verwundert. „Zugespitzt formuliert müssen ‚unfertige‘, ‚unfähige‘ Subjekte zu ihrem eigenen Wohl ‚kompetent gemacht‘ bzw. ‚befähigt werden‘. Damit werden die jungen Menschen zu Objekten, die behandelt und geformt werden müssen. Es geht nicht um Aushandlung, Auseinandersetzung und Aneignung, sondern um Zurichtung und Korrektur“ wie es Tilman Lutz 2015 im „Forum Erziehungshilfen“ formuliert. Vergessen wird dabei, dass die Kinder- und Jugendlichen bereits unterschiedlichste, meist verletzende Erfahrungen und Wissen in ihrem Leben gesammelt haben, dass wir nicht löschen oder unvergessen machen können. Wir können sie auch nicht neu konditionieren, sondern wir müssen mit ihnen gemeinsam Wege suchen, wie ein gelingender Alltag für sie besser gestaltet werden kann. Es kann nur mit den Kindern und/oder Jugendlichen gehen!



### Letzte Station Geschlossene Unterbringung?

Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass eine solche Einrichtung zu einem Auffangbecken wird für all jene Jugendlichen deren Verhalten uns unverständlich ist. Hinzu kommt, dass, wenn es eine solche Ultima Ratio Lösung als Drohung gibt, „... und wenn es nicht geht, kommst du nach Groß Borstel“, wird sie erfahrungsgemäß genutzt! Diese Praxis des Verlegens und Abschiebens von als ‚problematisch‘ oder ‚überfordernd‘ wahrgenommenen jungen Menschen ist nicht neu (vgl. Freigang 1986). Eine solche Einrichtung kann als „Abschiebeendstation“ Verantwortliche dabei unterstützen, mit der eigenen Ohnmacht zurechtzukommen. Hier wäre die Begründung, dass es nicht an der Jugendhilfe liegt, wenn Hilfe nicht gelingt, sondern an den Kindern- und Jugendlichen selbst.

Wir glauben, dass diese Begründungsmuster in die Irre führen, und dass die Hamburger Kinder- und Jugendhilfe dieses Begründungsmuster nicht braucht. Bereits 2015 wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die geschlossene Unterbringungen verhindern soll und Lösungswege für und mit besonders schwierigen Jugendlichen entwickelt – ohne diesen

Praktiker\*innen wünschen Ressourcen aus unterschiedlichen Disziplinen, um die Kinder lebenswelt- und sozialraumorientiert zu begleiten.

einen Teil ihrer Rechte entziehen zu müssen. Schon allein die Hamburger Erfahrungen mit der Einrichtung in der Feuerbergsstraße, die nicht zuletzt zur massiven Eindämmung der geschlossenen Unterbringung geführt hatten, sollten uns Lehre genug sein, nicht auf veraltete Konzepte von Ein- und Ausschluss zurückzugreifen.

Nicht zuletzt möchten wir auf die vielseitigen Praxiserfahrungen verweisen, die aus unserer Perspektive ausgebaut werden könnten, um eine Einrichtung mit Sicherheitspersonal zu verhindern.

### Mehr Ressourcen und Einzelfalllösungen für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe!

Kooperationen zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie gibt es seit langem. Diese Kooperationen scheitern aus unserer Perspektive immer wieder an fehlenden Ressourcen und nicht wie allgemein angenommen an den problematischen Kindern- und Jugendlichen! Viel eher fehlt es an Zeiten für gemeinsame Absprachen, geeigneten Räumlichkeiten und kleinen Gruppen mit besserem Personalschlüssel, um in stationären Einrichtungen flexible Hilfen anbieten zu können. In der Kinder- und Jugendhilfe werden nach unserem Kenntnisstand bereits sehr viele Kinder und Jugendliche mit Diagnosen oder Doppeldiagnosen begleitet und nur in Akutsituationen muss auf psychiatrisches Wissen zurückgegriffen werden. Die Praktiker\*innen vor Ort, die diese Kinder seit Jahren betreuen, wünschen sich keinen Ort diese Kinder ‚wegzupacken‘, sondern Ressourcen aus unterschiedlichen Disziplinen, um diese Kinder lebenswelt- und sozialraumorientiert zu begleiten. Aus unserer Sicht müssten, aufbauend auf diesen Erfahrungen, Konzepte weiterentwickelt und kleine dezentrale Orte in der Stadt geschaffen werden, die die Kinder und Betreuer\*innen zeitweise entlasten helfen. Es wurden auch Konzepte entwickelt, aber bis jetzt abgelehnt, in denen medizinisches Personal in Krisensituationen Jugendhilfemitarbeiter\*innen unterstützen können oder Ausweichwohnungen geschaffen werden, wenn die Situationen mit den Jugendlichen in den Gruppen zu eskalieren drohen.

Gerade für Kinder mit Diagnosen ist es oft schwierig sich den Reizen ihrer Umwelt zu entziehen und sich in größeren Gruppen oder Einrichtungen zu bewegen. Sie brauchen kleinere Zusammenhänge, Schulklassen oder Wohngruppen, in denen sie in für sie überschaubaren Umgebungen neue Verhaltensweisen erlernen können oder ihre Krankheitssymptome mit

ihren Auswirkungen einschätzen lernen. Sie brauchen kein sicheres, sondern ein verstehendes Umfeld, das mit genügend Ressourcen ausgestattet ist, um sie zu begleiten.

Das Geld, das jetzt für eine neue Einrichtung geplant ist, sollte in die Evaluation neuer, lebensweltlicher Konzepte fließen und Modellprojekte ermöglichen und nicht in fachlich hochstrittige und in bereits auf mehreren Ebenen gescheiterte Konzepte investiert werden. Das ergibt für uns keinen Sinn.

Gerne arbeiten wir an der Weiterentwicklung der Jugendhilfe in Hamburg mit – eine geschlossene oder teilgeschlossene Einrichtung in Hamburg lehnen wir entschieden ab.

Alternativer Wohlfahrtsverband SOAL e. V.  
November 2020

Fotos: Christian Ganzer

Der Alternative Wohlfahrtsverband SOAL e.V. zählt über 300 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg zu seinen Mitgliedern. SOAL vertritt die Interessen seiner Mitgliedseinrichtungen und bezieht dabei klare Position für eine starke, inklusive Kinder- und Jugendhilfe, die die Rechte der Kinder- und Jugendlichen umsetzt.

**SOAL** | Alternativer  
Wohlfahrtsverband

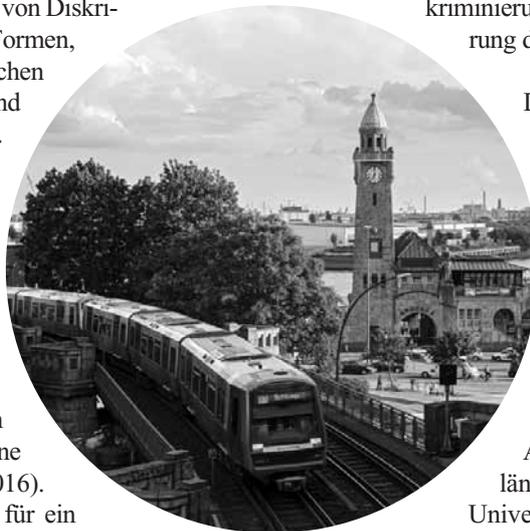
# Landesantidings – was?

## Warum Hamburg ein Antidiskriminierungsgesetz braucht

von Suna Voß

### Diskriminierung gibt es überall

Jeden Tag sind Menschen in Hamburg von Diskriminierung betroffen. Sie hat viele Formen, aber eins haben diese gemein: Menschen werden abgewertet, eingeschränkt und in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigt. Und das allein aufgrund der (oft zugeschriebenen) Zugehörigkeit zu einer oder mehreren Gruppen. Während vor dem Gesetz alle gleich sind (Artikel 3 GG), sind wir es in der Praxis noch lange nicht. Bewerberinnen mit Kopftuch müssen bei gleicher Qualifikation durchschnittlich viermal so viele Bewerbungen verschicken wie Bewerberinnen ohne Kopftuch (vgl. Weichselbaumer, 2016). Das sind 20 statt fünf Bewerbungen für ein Vorstellungsgespräch. Das ist fundamental ungerecht. Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt fällt inzwischen unter das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG): Betroffene können sich seit 2006 zumindest rechtlich gegen Benachteiligung aufgrund rassistischer Diskriminierung, „des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behin-



derung, des Alters oder der sexuellen Identität“ wehren. Nicht abgedeckt vom AGG sind aber andere Formen von Diskriminierung und viele der Fälle von Diskriminierung durch öffentliche Einrichtungen.

Diskriminierung macht nicht einfach vor den Türen staatlicher Einrichtungen halt. Unsere Gesellschaft ist von Machtzusammenhängen geprägt, welche sich in allen Begegnungen niederschlagen können und es oft tun. Rassismus, Klassismus und Sexismus beispielsweise sind strukturell verankert. Auch und insbesondere in staatlichen Institutionen gibt es daher Diskriminierung. Im Arbeitsamt, im Bezirksamt, in der Ausländerbehörde, auch in Schulen und an Universitäten: An diesen Orten werden sehr wichtige Entscheidungen gefällt, die das Leben von Menschen für immer verändern können. Diese Entscheidungen sollten so wenig von Vorurteilen beeinflusst sein wie nur irgend möglich.

Rassismus, Klassismus und Sexismus sind strukturell verankert. Auch in staatlichen Institutionen gibt es daher Diskriminierung.

### Ein Landesantidiskriminierungsgesetz kann helfen

Stand heute gibt es aber gerade hier rechtliche Schutzlücken. Um einige davon zu schließen, braucht es Gesetze auf Landesebene (weil einige der genannten Domänen Ländersache